



01.03.2024

Briefaktion 05/24 – **MEXIKO:** *Jacobo Orozco García*

Verschwindenlassen



**Mexiko:** 114,7 Mio. Einwohner auf 1.953.162 km<sup>2</sup> Fläche, BSP/Einw. 9.740\$ (2012), Bevölkerung: 75% Mestizen, 14% Indigene, 10% Weiße, Religion: 83% Katholiken, 5% Protestanten (v.a. Pfingstkirchen), 2% Adventisten, Mormonen, Zeugen Jehovas u.a., 4% religionslos. Unabhängig seit 1810.

Mexiko hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* sowie das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert.



Mit ihrer diesjährigen **Karfreitagskampagne** lenkt die **ACAT-Schweiz** den Blick auf die zahlreichen Menschen, die in Mexiko dem Verschwindenlassen zum Opfer fallen.

Die Kreuzwege, die an Karfreitag in Mexiko stattfinden, sind voller realem Schmerz. An Mahnwachen und Demonstrationen tragen die Menschen Kreuze und gedenken ihrer verschwundenen Angehörigen.

Manchmal halten sie an fast jeder Straßenecke – überall dort, wo Menschen verschwunden sind.

Im **Bundesstaat Chihuahua** hat das Verschwindenlassen von Personen alarmierend zugenommen.

Laut Staatsanwaltschaft wurden zwischen 2010 und 2023 mehr als 4.900 Personen als vermisst gemeldet.

Im selben Zeitraum wurden mehr als 3.900 Personen tot aufgefunden, ohne dass sie identifiziert werden konnten. Diese Lücke ist auf ein chronisches Versagen der gerichtsmedizinischen Dienste zurückzuführen.

Ihre Ressourcen sind veraltet und unzureichend.

Auch die Ermittler, die mit der Suche nach den Opfern betraut sind, haben zu wenige Mittel.

Es scheinen weder Wille noch die notwendigen Finanzmittel für wirksame Suchaktionen vorhanden zu sein.

Der Bundesstaat Chihuahua hat auch keine Schritte unternommen, um das Abkommen über die Zusammenarbeit mit dem nationalen Außerordentlichen Mechanismus zur Identifizierung von Menschen (MEIF) zu unterzeichnen. Diese multidisziplinäre Organisation ist auf die Rückverfolgung von menschlichen Überresten spezialisiert. Die Beteiligung am MEIF wäre von entscheidender Bedeutung, um den Tausenden von nicht identifizierten Leichen einen Namen zu geben.

**Jacobo Orozco García** verschwand am 10. November 2014 im Alter von 22 Jahren im Dorf Palomas. Seine Familie meldete ihn umgehend als vermisst. Seitdem hat sie verschiedene Ermittlungs- und Suchanträge gestellt, um seinen Verbleib zu klären. Dennoch haben die Behörden keinen Plan für eine Untersuchung erstellt. Sie unterstützten auch nicht die Arbeitsgruppen, die die Ermittlungen vorantreiben könnten, und hielten sich nicht an Vereinbarungen über die Weiterverfolgung des Falls.

Besonders Männer zwischen 15 und 40 Jahren werden in Mexiko zum Verschwinden gebracht. Auch das Verschwinden von Frauen und Kindern ab 12 Jahren wird immer häufiger dokumentiert. In vielen Fällen ist die Verschleierung von sexualisierter Gewalt und Ausbeutung, Femiziden und Menschenhandel Ursache für das Verschwindenlassen. Rund 98% aller Delikte in Mexiko bleiben straffrei.

Die Nichtregierungsorganisation **Paso del Norte**, mit der ACAT-Schweiz im Austausch ist, arbeitet in Ciudad Juárez. Dort ist sie besonders mit dem Verschwindenlassen konfrontiert. „Skelettreste zu finden, ist einfach“, sagt eine Mitarbeiterin. „Sie werden aber selten identifiziert.“ Die wenigen Fortschritte, die gemacht wurden, sind den Familien zu verdanken – insbesondere den Frauen. Von den Behörden verlangen sie Auskunft. Sie schließen sich zu Opferorganisationen zusammen, suchen Massengräber ab, machen die forensische Arbeit, die Spezialisten machen sollen. Aber, so erklärt Alejandro Durán von Paso del Norte: „Meistens gibt es keinen Fortschritt, keine offenen Türen, keinen Dialog.“



Bitte unterschreiben Sie den Appell an die Gouverneurin und den Generalstaatsanwalt des mexikanischen Bundesstaats Chihuahua und senden Sie diesen an die **ACAT-Schweiz**. Diese wird die Unterschriften mit Übersetzung an die Behörden Mexikos weiterleiten. Eine Kopie an die Botschaft entfällt, sodass **nur ein Exemplar** beiliegt. Der Wortlaut des Briefes sollte unverändert bleiben. Die Adresse ist der Vorlage zu entnehmen (**Porto, Luftpost, in die Schweiz 1,10 EUR**).

*Bearbeitung bitte spätestens bis zum 10.04.2024.*



01.03.2024

Briefaktion 06/24 – **GAMBIA:** *Madi Jobarteh*

Sorge um Sicherheit



**Gambia:** 1,7 Mio. Einwohner auf 11.295 km<sup>2</sup> Fläche, BSP/Einw. 510 \$ (2012), Bevölkerung: ca. 44% Mandingo, 17,5% Fulbe, 12,3% Wolof, 7% Djola, 7% Sarakole u.a., Religion: 85% Muslime, 10% Christen indigene Religionen. Gambia hat den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und das Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe ratifiziert.



**Madi Jobarteh** ist ein gambischer Menschenrechtsverteidiger. Er ist ehemaliger Geschäftsführer des Dachverbands der gambischen Nichtregierungsorganisationen (The Association of Non-Governmental Organizations in Gambia – TANGO) und Mitglied der Stiftung für Rechtshilfe, Dokumentation und Ermächtigung (Foundation for Legal Aid, Research and Empowerment – FLARE). Madi Jobarteh hat sich auch für die Rechte der vielfach von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen in Gambia eingesetzt.

Am 6. Oktober 2023 durchsuchten vier Angehörige des Staatsschutzes und der Kriminalpolizei das Haus von Madi Jobarteh und befragten ihn zu seinen Äußerungen auf Facebook. Sie rieten ihm, sich bei der nächstgelegenen Polizeistation zu melden, was Madi Jobarteh ablehnte. In den folgenden Tagen hielten sich Polizeifahrzeuge in der Nähe seines Hauses auf. Am 8. Oktober 2023 berichtete er auf Facebook über diesen Vorfall. Am 9. Oktober 2023 wurde Madi Jobarteh festgenommen und in Untersuchungshaft gebracht.

Die Polizei beschlagnahmte dabei sein Mobiltelefon und das seiner Tochter.

Der Zugang zu einem Rechtsbeistand wurde ihm verweigert.

Während der Haft durfte nur sein Bruder als einzige Person für fünf Minuten den Gefangenen besuchen.

Am 15. Oktober 2023 kam Madi Jobarteh gegen eine Kaution von 100.000 Dalasis (rund 1.400 Euro) frei und erhielt zunächst die Auflage, sich bei der Polizei zu melden. Diese wurde später wieder aufgehoben.

Am 9. November 2023 wurde er wegen angeblicher aufrührerischer Absichten, Anstiftung zur Gewalt, falscher Berichterstattung und Falschinformation angeklagt. Bei einer Verurteilung drohen Madi Jobarteh bis zu sechs Jahre Gefängnis. Seit dem 23. November 2023 liegt sein Fall bei der Generalstaatsanwaltschaft.

Die Polizei hat sein Handy und das seiner Tochter bis heute nicht wieder ausgehändigt.

Amnesty International (AI) bezeichnete die Anklagen gegen Madi Jobarteh als politisch motiviert, da sie auf seiner Tätigkeit als Menschenrechtsverteidiger beruhen und gegen seine Rechte auf Meinungs- und Vereinigungsfreiheit verstoßen.

Mehrere UN-Sonderberichterstatter baten die Regierung Gambias um zusätzliche Informationen und Kommentare zur Festnahme des Menschenrechtsverteidigers. In dem Schreiben äußerten sie auch ihre Besorgnis über die Rechtsgrundlage der Anschuldigungen.

Die gambischen Behörden haben nicht darauf reagiert.

Im Mai 2022 hatte der gambische Präsident öffentlich Madi Jobarteh beschuldigt, ein gewaltbereiter „Unruhestifter“ zu sein, der Gewalt ausüben und das Land niederbrennen wolle.

Seitdem wurde Madi Jobarteh insbesondere von den gambischen Behörden online bedroht und eingeschüchtert. Er hatte zuvor die Absetzung eines Ministers wegen möglicher Misswirtschaft gefordert.



Bitte schreiben Sie an den Präsidenten der Republik Gambia und senden Sie eine Kopie an den Botschafter in Brüssel / Belgien. Die unterschriftsfertigen Briefe können wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (**Porto nach Gambia und Belgien, Luftpost, 1,10 EUR**). *Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 31.03.2024.* [Fax-Nr. der **Botschaft von Gambia in Belgien:** 003226463277, S.E. Herrn Pa Musa Jobarteh (Nachname des Botschafters lautet tatsächlich wie der Name des Menschenrechtsverteidigers); E-Mail: info@gambiaembassybrussels.be ]